

Glismann, Hans H.; Rodemer, Horst

Working Paper — Digitized Version

Der wirtschaftliche Niedergang in der Bundesrepublik Deutschland und in der Weimarer Republik

Kiel Working Paper, No. 154

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Glismann, Hans H.; Rodemer, Horst (1982) : Der wirtschaftliche Niedergang in der Bundesrepublik Deutschland und in der Weimarer Republik, Kiel Working Paper, No. 154, Kiel Institute of World Economics (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/47013>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kieler Arbeitspapiere

Kiel Working Papers

Arbeitspapier Nr. 154

Der wirtschaftliche Niedergang in der Bundesrepublik Deutschland und in der Weimarer Republik

von

Hans H. Glismann und Horst Rodemer

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel
- Forschungsabteilung IV -
Düsternbrooker Weg 120, 2300 Kiel 1

Arbeitspapier Nr. 154

Der wirtschaftliche Niedergang in der Bundesrepublik Deutschland und in der Weimarer Republik

von

Hans H. Glismann und Horst Rodemer

August 1982

A 9 2975/82
Weltwirtschaft
Kiel

Der wirtschaftliche Niedergang in der Bundesrepublik
Deutschland und in der Weimarer Republik

von

Hans H. Glismann und Horst Rodemer*

1. Die Bundesrepublik Deutschland wird seit ihrem Bestehen mit der ersten deutschen, der "Weimarer Republik", verglichen¹. In den frühen Jahren der Bundesrepublik bestand eine verbreitete Angst, die Erschütterungen der Weimarer Republik könnten sich wiederholen. Im Zuge der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung schwand diese Angst mehr und mehr. Die Diskussion über Parallelen und Unterschiede beider Republiken verstummte aber nie ganz. In letzter Zeit sind Vergleiche wieder häufiger geworden. Im Ergebnis laufen sie durchweg auch heute noch auf die These hinaus, daß die Bundesrepublik nicht den Gefährdungen ausgesetzt sei wie es die Weimarer Republik war.

Die These von der relativen Stabilität der Bundesrepublik wird im einzelnen recht unterschiedlich begründet. Häufig wird auf verfassungsrechtliche und andere institutionelle Unterschiede hingewiesen (zum Beispiel auf die Rolle von Präsident, Regierung und Parlament sowie auf das Wahlrecht). Ein weiterer Vorteil für die Bundesrepublik wird darin gesehen, daß die Menschen in ihrer breiten Mehrheit die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges als irreversibel hingenommen hätten; im Unterschied dazu hätten die Bürger und Parteien der Weimarer Republik die Bestimmungen des

*Für Verbesserungsvorschläge danken wir Hugo Dicke, Juergen B. Donges, Ernst-Jürgen Horn, Axel D. Neu und Frank D. Weiss.

¹ Vgl. zum Beispiel Fritz René Allemann, Bonn ist nicht Weimar. Köln, Berlin 1956, insbesondere S. 411 ff.

Versailler Vertrages für revidierbar gehalten. Ein wichtiger Faktor für die relative Stabilität der Bundesrepublik wurde lange Zeit auch in der wirtschaftlichen Prosperität gesehen. Man glaubte angesichts des wirtschaftlichen Erfolges, Vollbeschäftigung und hohes wirtschaftliches Wachstum seien machbar; die Fehler der Weimarer Republik würden sich nicht wiederholen. Diese Überlegungen sind mehr in den Hintergrund getreten, seitdem das wirtschaftliche Wachstum erlahmt ist und Arbeitslosigkeit zugenommen hat.

2. In der Phase der Prosperität haben sich Ökonomen an der überwiegend von Historikern und Staatsrechtlern beherrschten Diskussion über Unterschiede und Gemeinsamkeiten beider Republiken kaum beteiligt. Ihr Interesse für diese Frage erwachte erst, nachdem sich die Wachstumsschwäche der Bundesrepublik als nachhaltig erwiesen hatte.

Nach herrschender Auffassung der Ökonomen sind Parallelen zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der Weimarer Republik kaum zu erkennen. Dies wird vor allem damit begründet, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Anfang der dreißiger Jahre viel schlechter gewesen seien als heute¹. Zudem hätten die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen hinzugelernt. Beide Argumente sind nicht von der Hand zu weisen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Verfassung

¹ Deutsche Bundesbank, "Geldpolitik: Kein Grund zur Panik". Interview der Wirtschaftswoche mit Dr. Drs. h.c. Helmut Schlesinger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. Von Sigrid Matern-Rehm und Harald Hotze. In: Auszüge aus Presseartikeln Nr. 67, Frankfurt/Main, 23. Juli 1982, S. 2.

der Bundesrepublik Deutschland ähnelt in der Tat eher den "goldenen zwanziger Jahren" der Weimarer Republik als den frühen dreißiger Jahren. Die Arbeitslosenquote entsprach im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1929 etwa dem aktuellen Stand in der Bundesrepublik (gut 7 vH). Die Geldpolitik ist heute mehr an der Entwicklung des Produktionspotentials orientiert als es damals der Fall war. Langfristige empirische Analysen lassen aber Zweifel daran aufkommen, ob diese Argumente den Kern des Problems treffen. In diesen Analysen, die den Zeitraum von 1850 bis zur Gegenwart umfassen, wurde der Versuch unternommen, Erscheinungsbild und Ursachen langanhaltender Wachstums- und Beschäftigungskrisen auf die Spur zu kommen¹. Es stellte sich heraus, daß in den untersuchten Zeitraum in Deutschland drei langfristige Zyklen des wirtschaftlichen Wachstums, auch Kondratieff-Zyklen genannt, fallen² (vgl. Schaubild 1):

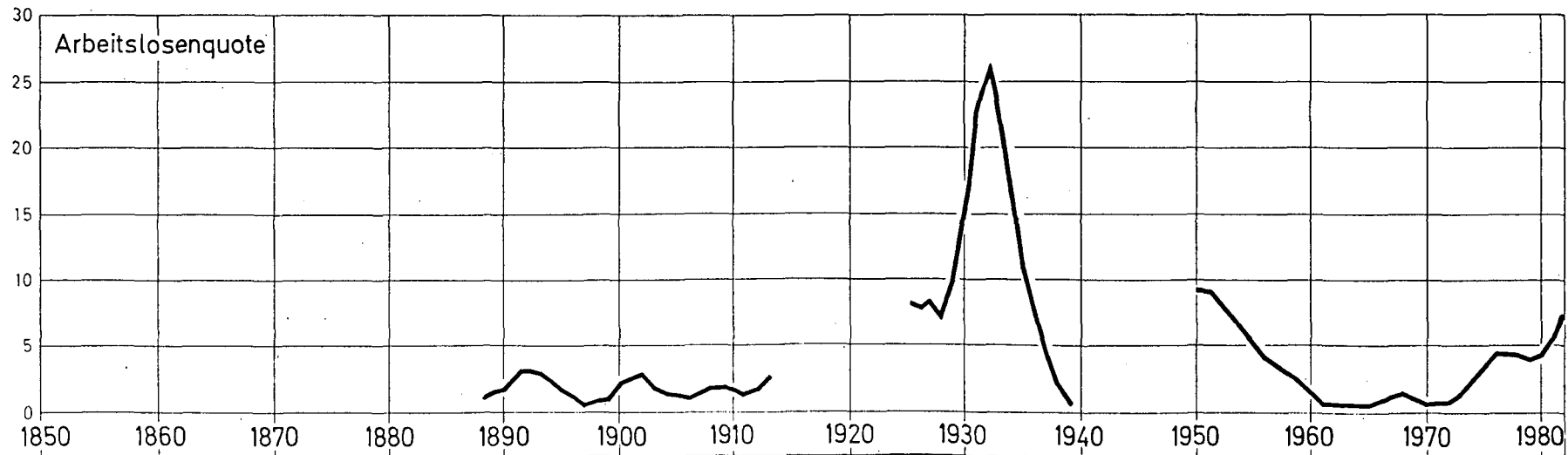
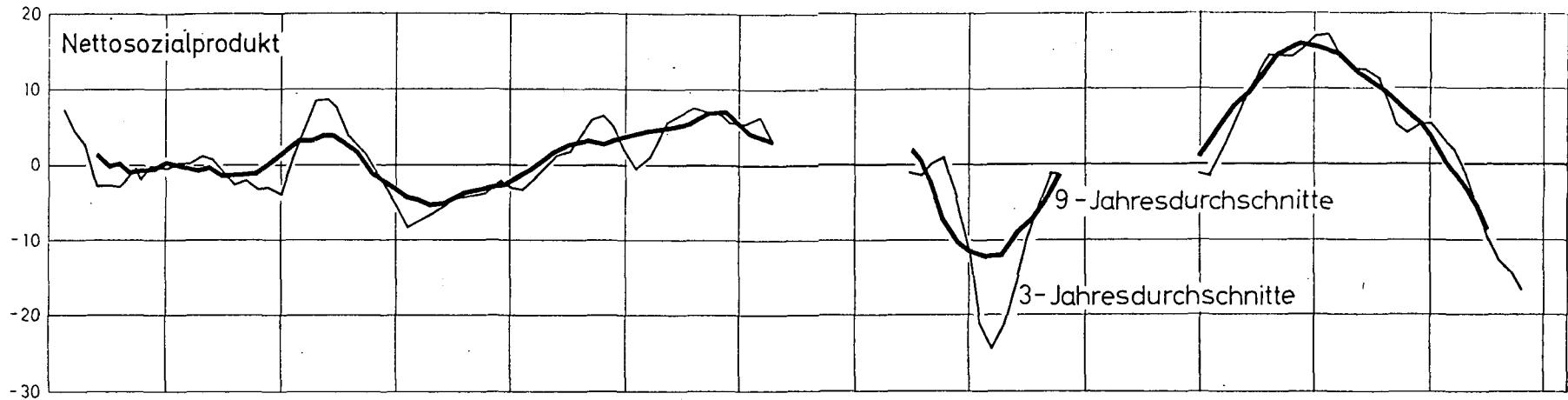
- Der erste Zyklus, dessen Beginn vor dem Untersuchungszeitraum liegt, überschritt nach 1870 seinen Höhepunkt und endete um das Jahr 1882;

1) Vgl. Hans H. Glismann, Horst Rodemer, Frank Wolter, Zur Natur der Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland. Eine empirische Analyse langer Zyklen wirtschaftlicher Entwicklung. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 55, Kiel, Juni 1978, sowie dieselben, Lange Wellen wirtschaftlichen Wachstums. In: Dietmar Petzina, Ger van Roon (Hrsg.), Konjunktur, Krise, Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 25, Stuttgart 1981, S. 66-107, sowie dieselben, Long Waves in Economic Development: Causes and Empirical Evidence. In: Christopher Freeman (Hrsg.), Technical Innovation and Long Waves in World Economic Development. London (in Vorbereitung).

2 Der internationale Vergleich zeigt, daß es auch in anderen, sogar sozialistischen Ländern, lange Wellen wirtschaftlicher Entwicklung gegeben hat. Einen engen zeitlichen internationalen Verbund scheint es aber nicht zu geben.

Schaubild

Lange Wellen der Produktion^a und der Arbeitslosigkeit^b in Deutschland 1850 - 1982



^a Abweichungen gleitender 3- und 9-Jahresdurchschnitte des Nettosozialprodukts in Preisen von 1970 vom Trend in vH der Trendwerte. Berechnet für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen von 1961. - ^b Gleitende 3-Jahresdurchschnitte der Arbeitslosenquote; laufender Gebietsstand (ab 1948 Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen von 1961).

Quelle: Glismann, Rodemer, Wolter, 1981. - Schätzungen der Konjunkturabteilung des Instituts für Weltwirtschaft für den aktuellen Bereich.

- der zweite Zyklus hatte seinen Höhepunkt um 1908 und endete zu Beginn der dreißiger Jahre.
- der dritte Wachstumszyklus erreichte den oberen Scheitelpunkt in den sechziger Jahren. Das Ende der Wachstumsschwäche ist noch nicht in Sicht.

Im zweiten und dritten Entwicklungszyklus war die Wachstumsschwäche mit zunehmender Arbeitslosigkeit verbunden¹.

Der Befund läßt einen bedeutsamen Unterschied zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland erkennen. Die Weimarer Republik entstand in der Niedergangsphase eines langfristigen Entwicklungszyklus, die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg begonnen hatte; die Bundesrepublik Deutschland entstand in der Aufschwungsphase eines Entwicklungszyklus, die Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg begonnen hatte.

4. Kaum umstritten ist, daß das Scheitern der Weimarer Republik mit ihrer schlechten wirtschaftlichen Verfassung zusammenhing. Kontroverse Auffassungen gibt es zu der Frage, ob und wie der wirtschaftliche Niedergang hätte überwunden werden können.

Eine restriktive Wirtschaftspolitik werfen diejenigen den Politikern der Weimarer Republik vor, die zur Überwindung der gegenwärtigen Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik expansive Maßnahmen empfehlen; hiermit verknüpft

¹ Für die Zeit des ersten Zyklus liegen keine Daten über den Beschäftigungsgrad vor.

ist die These, daß eine kontraktive Geldpolitik zu den wirtschaftlichen Erschütterungen nach 1929 geführt hat. Es mag in der Tat sein, daß der wirtschaftliche Verfall in der Spätphase der Weimarer Republik weniger ausgeprägt gewesen wäre, wenn auf eine keynesianische Nachfragepolitik gesetzt worden wäre und wenn die Geldpolitik weniger restriktiv gewesen wäre.

Im Zusammenbruch des Welthandels, hervorgerufen durch massive protektionistische Maßnahmen in aller Welt gegen Ende der zwanziger Jahre, wird eine weitere zentrale Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs der Weimarer Republik gesehen. Auch diese These ist relevant. Der weltweite protektionistische Amoklauf stellte exportabhängige Unternehmen und Branchen vor Anpassungsprobleme, die sie nicht bewältigen konnten. Protektionismus hat zweifellos krisenverschärfend gewirkt.

5. Verfehlte Nachfrage- und Geldpolitik betreffen die kurzfristig-konjunkturelle Komponente des Niedergangs am Ende der Weimarer Republik. Sie erklären mit, warum der seit langem anhaltende Niedergang in eine Katastrophe einmündete. Ähnliches gilt für den Zusammenbruch des Welthandels. Zumindest in diesem Fall stellte sich aber die Frage, ob die Verschärfung der Protektion nicht eher die Folge der schon vorher bestehenden Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit war. Nach Mises ist es für wirtschaftliche Krisenzeiten geradezu typisch, daß die Krise durch staatliche Maßnahmen verschärft wird¹.

¹ Ludwig Mises, Interventionismus. Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Vol. 56, Tübingen 1926, S. 610 ff. Ebenso Charles P. Kindleberger, Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939. München 1973.

Eine, im Vergleich zur damaligen Zeit allerdings (noch) geringfügige, Verschärfung des Protektionismus sowie akzidentielle Ereignisse wie der Anstieg der Ölpreise werden auch für den wirtschaftlichen Niedergang in der Bundesrepublik verantwortlich gemacht. Auch in diesem Fall wird übersehen, daß die Abschwungsphase der Bundesrepublik vor diesen Erscheinungen begonnen hat. Solche Störungen hat es zudem auch in den Jahren des stürmischen Aufschwungs der Bundesrepublik gegeben (Verteuerung der Rohstoffe im Gefolge des Korea-Kriegs; Zuwanderung von Flüchtlingen). Was sich offenbar im Zeitablauf ändert, ist die Fähigkeit der Volkswirtschaft, auf interne und externe Störungen elastisch zu reagieren. Die zentrale Ursache für den langfristigen Niedergang in der Bundesrepublik wie in der Weimarer Republik sind weder konjunkturpolitische Fehler noch eine Verschärfung der außenwirtschaftlichen Protektion oder akzidentielle Störungen gewesen.

6. Die Ursachen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen waren, den angeführten Untersuchungen zufolge, in der Bundesrepublik Deutschland und in der Weimarer Republik sehr ähnlich¹. Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit beruhten in beiden Fällen auf einer Expansion des Staatsapparates sowie auf Verteilungskämpfen, die die Leistungsanreize für Arbeitnehmer und Unter-

¹ In dem den Untersuchungen zugrunde gelegten Modell wurde der Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Sozialprodukts und der Arbeitslosigkeit einerseits und Faktoren, von denen die Leistungsbereitschaft aller Wirtschaftssubjekte abhängt, andererseits untersucht. Zu diesen Faktoren wurden Gewinne und Gewinnerwartungen, Reallöhne, Subventionen und Transfers, außenwirtschaftliche Protektion sowie die Kosten des Staatsapparates gezählt. Glismann, Rodemer, Wolter, Long Waves ..., a.a.O.

nehmer, aber auch für Subsidienempfänger aller Art, verminderten¹.
Arbeitnehmer und Unternehmer wurden durch Steuern und sonstige Zwangsabgaben mehr und mehr um den Ertrag ihrer Bemühungen gebracht. Subsidienempfängern aller Art wurde durch Einkommensübertragungen oder Subventionen der Anreiz genommen, mehr Eigeninitiative zu entfalten².

7. Die Auswirkungen des Verteilungskampfes waren im Zeitablauf für die einzelnen Gruppen unterschiedlich (vgl. Tabelle). Die Gewinne und Gewinnerwartungen der Unternehmen sanken von Anbeginn des wirtschaftlichen Niedergangs. Die Arbeitnehmer dagegen, die noch einen Arbeitsplatz hatten, zählten erst im fortgeschrittenen Niedergang zu den Verlierern. Als eigentliche Gewinner des Verteilungskampfes schälten sich mehr und mehr die Subsidienempfänger und der Staatsapparat heraus.

In der Bundesrepublik stiegen zwar auch in den siebziger Jahren die Bruttolöhne deutlich stärker als kostenniveauneutral und mit Vollbeschäftigung vereinbar gewesen wäre. Die verfügbaren Leistungseinkommen der Arbeitnehmer allerdings stiegen - nach Abzug der Zwangsabgaben (Steuern, Beiträge etc.) - deutlich weniger an als die (um Terms of Trade-Effekte bereinigte) Arbeitsproduktivität³. Insgesamt betrachtet ging der Anteil des verfüg-

67
¹ Zu den Konsequenzen unzureichender Leistungsanreize für unternehmerisches Verhalten in der gegenwärtigen Lage vgl. auch Herbert Giersch, The Role of Entrepreneurship in the 1980s. Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 88, August 1982.

² Es lohnte sich für alle Wirtschaftssubjekte mehr und mehr, unproduktive Aktivitäten zu entfalten. Zum einen begünstigte die Wirtschaftspolitik steuermindernde und subventions- und transfererhöhende Tätigkeiten. Zum anderen wurden Berufszweige begünstigt, die beratend bei diesen Tätigkeiten mitwirkten. Diese zusätzlichen Aktivitäten werden freilich zum Sozialprodukt hinzugerechnet.

³ Hans H. Glismann, Horst Rodemer, Zum Zusammenhang zwischen Wachstum, Lohnentwicklung und staatlichem Verbrauch in wichtigen Industrieländern - Eine Verlaufsanalyse seit 1950. In: Die Weltwirtschaft, Heft 1, Tübingen 1978, S. 56 ff.

Tabelle - Kennziffern^a zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland, 1925 bis 1981

Kennziffer	J a h r					
	1926	1931	1950	1960	1970	1980
Investitionsquote ^b	11,8	-1,4	15,8 ^d	20,2	18,7	12,6
Gewinne ^c	30,5	negativ	72,5	77,8	54,6	27,3 ^e
Staatskonsumquote ^f	10,8	13,3	10,9 ^d	11,4	14,7	20,0
(Brutto-)Reallohnposition ^g	22,3	15,3	3,1	0,7	6,6	9,6
Redistributionsquote ^h	6,1	9,5	13,4	14,8	15,0	18,2
Importzölle ⁱ	16	51	15,7 ^k	7,9 ^l	9,9 ^m	

^aDreijahresdurchschnitte, laufender Gebietsstand - ab 1949 Gebiet der Bundesrepublik Deutschland in den Grenzen von 1961. - ^bNettoinvestitionen in vH des Nettosozialprodukts (jeweils in laufenden Preisen). - ^cIndex der realen Eigenkapitalrendite, 1959 = 100 (1925-1929 Rendite des Eigenkapitals der Aktiengesellschaften des gewerblichen Sektors; 1959-1965 Gewinnmarge, geschätzt nach einer Graphik des Sachverständigenrates; 1965-1979 Eigenkapitalrendite industrieller Aktiengesellschaften). - ^dDurchschnitt der Jahre 1950 bis 1952. - ^eDurchschnitt der Jahre 1977 bis 1979. - ^fStaatsverbrauch in vH des Nettosozialprodukts (jeweils in laufenden Preisen; ohne Ausgaben für Verteidigung). - ^g1960 = 100. - ^hÜbertragungen an private Haushalte in vH des Nettosozialprodukts zu laufenden Preisen. - ⁱZollerträge in vH der zollpflichtigen Einfuhren. - ^k1956. - ^l1967. - ^m1978.

Quelle: Statistisches Reichsamt, Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, lfd. Jgg. - Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland, lfd. Jgg. - Glismann, Rodemer, Wolter (1978). - Eigene Berechnungen.

baren Leistungseinkommens der Unternehmer und Arbeitnehmer am Volkseinkommen seit Mitte der sechziger Jahre rapide zurück.

Für die Zeit der Weimarer Republik gilt ähnliches wie für die Bundesrepublik Deutschland. Beobachtet werden konnte, daß für die Redistribution und staatliche Verwaltung bis zum Ende der Weimarer Republik ein zunehmender Teil des Volkseinkommens verwandt wurde. Die Bruttolöhne stiegen bis 1929 stärker als die Arbeitsproduktivität. Die Gewinne der Unternehmen fielen bis zum Ende der Weimarer Republik. Es gab offensichtlich keinen wirksamen Korrekturmechanismus, der die für eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft erforderlichen Leistungsanreize hätte schaffen können¹.

8. Die Entwicklung des Deutschen Reiches zum "Subventions- und Umverteilungsstaat" in der Weimarer Republik war nach Borchardt sogar irreversibel². Mangelnde Konsensfähigkeit der Gesellschaft selbst "im Angesicht Hitlers" verhinderte ihm zufolge eine Heilung der kranken Wirtschaft. Der Gruppenegoismus machte es unmöglich, "die seinerzeit offensichtlich vordringliche Verteilungsfrage ab(zu)lösen durch das, was langfristig gezählt hätte, durch die Wachstumsfrage".

¹ Brüning, dem häufig eine verfehlte Konjunkturpolitik nachgesagt wird, versuchte durch administrative Lohnsenkungen die Investitionsbedingungen zu verbessern; während seiner Kanzlerschaft begannen die Reallöhne im Verhältnis zur (bereinigten) Arbeitsproduktivität zu sinken. Zugleich erhöhte sich aber in dieser Zeit der Anteil der Steuern, der Subventionen und Transfers sowie des Staatskonsums am Sozialprodukt weiter.

² Knut Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes. Vortrag auf der Jahressitzung der Bayerischen Akademie der Wissenschaften am 2.12.1978.

9. Aus den Erfahrungen mit der Weimarer Republik folgt sicherlich nicht, daß Verteilungskämpfe nur im Zuge einer gravierenden Veränderung der Staatsform überwunden werden können¹. Die Überlegungen liberaler Staatstheoretiker legen allerdings die Schlußfolgerung nahe, daß wirtschaftliche Krisenerscheinungen den westlichen Demokratien systemimmanent sein können und dann nicht ohne institutionelle Reformen zu überwinden wären:

Friedrich A. Hayek zufolge weisen die modernen Demokratien einen fundamentalen Konstruktionsfehler auf, weil "jede Mehrheit jede beliebige Frage zum Gegenstand von Regierungsmaßnahmen machen" könne². Regierung und auch Gesetzgebung seien daher nicht hinreichend unabhängig von Interessengruppen. Hayek schlägt vor, den bestehenden Parlamenten die eigentlichen Regierungsaufgaben zu belassen und die gesetzgeberische Tätigkeit auf eine zweite Kammer zu übertragen. Die Aufgabe der regierenden, nach dem üblichen Verfahren periodisch zu wählenden Versammlung, solle im wesentlichen darin bestehen, über Höhe und Struktur der öffentlichen Ausgaben zu entscheiden. Die gesetzgebende Versammlung hätte zu bestimmen, in welchem Ausmaß der einzelne Bürger zur Finanzierung der Ausgaben herangezogen wird; ihre Mitglieder müßten, um von Interessengruppen unabhängig zu sein, auf lange Sicht (15 Jahre) gewählt werden und dürften nach Ablauf ihres Mandats nicht wieder wählbar sein.

¹ Im Prinzip könnte auch eine evolutorische Veränderung des politischen Systems durch neue Mehrheitsverhältnisse herbeigeführt werden. Das Beispiel der Weimarer Republik weist aber darauf hin, daß gerade neue politische Kräfte nicht selten nach einer revolutionären Umwandlung der bestehenden Staatsform streben.

² Friedrich A. Hayek, Law, Legislation and Liberty. A New Statement of the Liberal Principles of Justice and Political Economy, Vol. 3, London 1979, S. 111 ff., sowie Wohin Steuert die Demokratie? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Januar 1977, Nr. 6, S. 11.

Ein noch radikalerer Gedanke geht auf John Stuart Mill zurück¹. Er schlug vor, allen Empfängern von Subsidien das Wahlrecht vorzuenthalten. Dies nähme ihnen die Möglichkeit, sich über den Stimmzettel gewissermaßen selbst ihre Subsidien zuzuteilen; es wäre für Parlamentarier kaum noch lohnend, sich unter dem Gesichtspunkt ihrer Wiederwahl für Umverteilungsmaßnahmen einzusetzen.

10. Sowohl Hayeks als auch Mills Konzept laufen auf eine Änderung der gesellschaftlichen Struktur hinaus. Damit stellt sich natürlich die Frage nach der Durchsetzbarkeit solcher Konzepte. Einer Änderung des politischen Systems wird die etablierte Führungsschicht am ehesten zustimmen, wenn dies ihre Existenz stützt. Erkennen etwa die Vertreter von Interessengruppen im fortgeschrittenen wirtschaftlichen Niedergang, daß der Verteilungskampf am Ende allen Beteiligten schadet und das politische System gefährdet, mögen sie eher bereit sein, in Verhandlungen mit den wirtschaftlichen Gegnern Lösungen zu suchen, die für alle vorteilhafter sind als eine Fortsetzung des Verteilungskampfes. Ansätze solcher Lösungen gibt es in fast allen westlichen Demokratien. In der Republik Österreich gibt es beispielsweise seit ihrem Bestehen ausgeprägte Elemente des organisierten Interessenausgleichs. Sicherlich stellt der organisierte Interessenausgleich nur eine "second-best"-Lösung dar; die organisierten Gruppeninteressen bleiben bestehen und die Vereinbarungen dürften in aller Regel nicht das Ergebnis hervorbringen, das von einem funktionsfähigen Markt zu erwarten wäre.

¹ John Stuart Mill, Considerations on Representative Government, London 1867, S. 69.

11. In der Weimarer Republik kam es weder zu einer Ursachen-therapie, die dem organisierten Gruppenegoismus zu Leibe rückte, noch zu einer "second-best"-Lösung. Die Zwangsschlichtung von Tarifstreitigkeiten war ein Versuch, den Verteilungskampf zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in Grenzen zu halten; sie hatte jedoch keinen nennenswerten Erfolg. In der Bundesrepublik Deutschland stellte die vom Sachverständigenrat angeregte "Konzertierte Aktion" einen Versuch dar, den Verteilungskampf zu zügeln. Diese Aktion war recht kurzlebig. Es mag sein, daß dies darauf beruhte, daß die Expansion des Staatsapparates und der Redistribution nicht adäquat in die Gespräche einbezogen worden waren. Die Gewerkschaften waren offensichtlich nicht bereit, die Elastizität des Wirtschaftssystems allein durch lohnpolitische Anpassung zu gewährleisten.

12. Aus den gemeinsamen Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs in der Bundesrepublik Deutschland und in der Weimarer Republik ergibt sich keine Prognose für die Bundesrepublik. Wann und auf welchem Wege die bestehenden Verzerrungen überwunden werden, ist eine offene Frage. Die Bundesrepublik muß sicherlich nicht einen ähnlichen Weg gehen wie die Weimarer Republik. Die Bürger der Bundesrepublik kennen das Ende der Weimarer Republik und dessen Folgen. Diese Kenntnis hat sicher von Anbeginn der Bundesrepublik die Konsensfähigkeit der Gesellschaft erhöht. Es ist zu vermuten, daß die Bereitschaft, in schweren Krisenzeiten wirtschaftliche Kompromisse einzugehen, heute größer ist als damals.

Ein anderer, stabilisierender Faktor mag darin gesehen werden, daß die Bundesrepublik Deutschland über eine größere wirtschafts-
politische Autonomie verfügt als die Weimarer Republik, deren
außenwirtschaftliche Flexibilität durch internationale Verein-
barungen eingeschränkt war.

Literaturverzeichnis

ALLEMANN, Fritz, René, Bonn ist nicht Weimar. Köln,
Berlin 1956.

BORCHARDT, Knut, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der
großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre:
Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes.
Vortrag auf der Jahressitzung der Bayerischen Akademie
der Wissenschaften am 2.12.1978.

DEUTSCHE BUNDESBANK, "Geldpolitik: Kein Grund zur Panik".
Interview der Wirtschaftswoche mit Dr.Dr.h.c. Helmut
Schlesinger, Vizepräsident der Deutschen Bundesbank.
Von Sigrid Matern Rehm und Harald Hotze. In: Auszüge
aus Presseartikeln Nr. 67, Frankfurt/Main, 23. Juli
1982.

GIERSCH, Herbert, The Role of Entrepreneurship in the 1980s.
Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 88, Kiel, August 1982.

GLISMANN, Hans H., Horst Rodemer, Frank Wolter, Zur Natur der
Wachstumsschwäche in der Bundesrepublik Deutschland.
Eine empirische Analyse langer Zyklen wirtschaftlicher
Entwicklung. Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 55, Kiel,
Juni 1978.

--, Lange Wellen wirtschaftlichen Wachstums. In: Dietmar
Petzina, Ger van Roon (Hrsg.), Konjunktur, Krise,
Gesellschaft. Bochumer Historische Studien, Bd. 25,
Stuttgart 1981, S. 66-107.

--, Long Waves in Economic Development: Causes and
Empirical Evidence. In: Christopher Freeman (Hrsg.),
Technical Innovation and Long Waves in World Economic
Development, London (in Vorbereitung).

--, Horst Rodemer, Zum Zusammenhang zwischen Wachstum,
Lohnentwicklung und staatlichem Verbrauch in wichtigen
Industrieländern - Eine Verlaufsanalyse seit 1950.
In: Die Weltwirtschaft, Heft 1, Tübingen 1978.

HAYEK, Friedrich A., Wohin steuert die Demokratie? In:
Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. Januar 1977,
Nr. 6, S. 11.

--, Law Legislation and Liberty, Vol. 3, The Political
Order of a Free People, London 1979.

KINDLEBERGER, Charles P., Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939.
Number 1973.

MILL, John Stuart, Considerations on Representative Government. London 1867.

MISES, Ludwig, Interventionismus. In: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Vol. 56, Tübingen 1926, S. 610-653.